



## **CSI protestiert gegen LMU- „Dialogveranstaltung“**



Christian Solidarity International (CSI) protestiert gegen die für morgen angesetzte Dialogveranstaltung in der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit schiitischen Professoren (PI berichtete) auf das Schärfste und fordert die Katholische-Theologische Fakultät an der LMU und die Benedictusstiftung auf, die Veranstaltung abzusagen.

Der Islam trennt nicht Religion und Politik, wie es die Veranstalter des Theologentreffens, die katholischen Glaubens sind, tun. Der Islam ist im Iran Staatsreligion und es herrscht die Scharia in Verfassung und Gesetz. Die iranischen Gesprächspartner sind erst dann dialogfähig, wenn die Regierung von der Verfolgung Andersgläubiger und Apostaten absieht, dies öffentlich bekennt und rechtlich durchsetzt.

Der Hass auf Juden und Christen, wird im Iran nicht nur verbal praktiziert. Die iranische Regierung will die Todesstrafe für Personen, die sich vom Islam abwenden, gesetzlich verankern.

Vor diesem Hintergrund fragt sich die CSI-Deutschland, die sich für verfolgte Christen weltweit einsetzt, welchen Beitrag diese extrem islamistische Richtung des schiitischen Islam im Iran zu einem interreligiösen Dialog leisten kann.

Veranschaulichen wir uns das am umgekehrten Beispiel:

Was würde denn die Welt vom Christentum denken, wenn z. B. ein führender deutscher Politiker fordern würde, dass Christen, die zum Islam konvertieren, mit dem Tode zu bestrafen seien? Wer aus der islamischen Welt würde mit dieser Person in einen interreligiösen Dialog treten wollen?

Dialog zwischen Religionen kann nur sinnvoll sein, wenn man sich auf Mindeststandards in der Bewertung von Gut und Böse, auf die UNO-Menschenrechte einigen kann. Diese Klarstellung muss bereits im Vorfeld jeder interreligiösen Veranstaltung stattfinden. Sonst wird unsere „Kuschelmentalität“ im Dialog, vergleichbar mit der Appeasement-Politik wie vor 70 Jahren ausgerechnet von Deutschland und München aus, die Verfolgung Andersgläubiger fördern.

Vor Beginn eines Dialoges fordern wir:

1. dass Christen im Iran ihre Religion frei und rechtlich unbehindert ausüben dürfen, wie Muslime auch
2. die rechtliche Gleichstellung von Konvertiten mit Muslimen
3. die Aufgabe der eingebrachten Gesetzesvorlage zur Todesstrafe für Konvertiten durch die iranische Regierung

Die Eignung von Personen aus dem Iran für einen zukünftigen Dialog kann am besten überprüft werden, wenn sich diese Personen im Iran für die rechtliche Gleichstellung von Christen und anderen Religionen einsetzen. Nach Erkenntnissen von CSI-Deutschland ist der Iran nach Nordkorea und Saudi-Arabien das Land mit der stärksten Christenverfolgung weltweit.

Wir gehen davon aus, dass sich die katholischen Professoren

und Stiftungen der Brisanz des Themas bewusst sind. Für geschätzte 200.000 verfolgte Christen allein im Iran muss diese Propagandashow der Mullahs als ihrer Verfolger wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Es ist eine Verhöhnung der Opfer des schiitischen Gottesstaates.

Bitte solidarisieren Sie sich mit den verfolgten Christen im Iran und in der islamischen Welt.

» Kontakt zu den Gastgebern:

Ludwig-Maximilians-Universität  
Katholisch-Theologische Fakultät  
Geschwister-Scholl-Platz1  
80539 München

Tel. +49 (0) 89 / 2180 – 2416

Fax +49 (0) 89 / 2180 – 3130

E-Mail: [dekanat@kaththeol.uni-muenchen.de](mailto:dekanat@kaththeol.uni-muenchen.de)

*(Pressemitteilung der CSI-Deutschland gemeinnützige GmbH,  
Ingrid Seigis, Geschäftsführung, Email: [info@csi-de.de](mailto:info@csi-de.de))*